

Erika Thurner (Vorsitzende der GfpA)

Erika Weinzierl – Facetten einer österreichischen Persönlichkeit

Erika Weinzierl (1925-2014) konnte in den letzten Jahren krankheitsbedingt nur noch sehr selten ihre Leidenschaften in die Öffentlichkeit tragen: ihr Engagement für eine Humanisierung der Gesellschaft. In den Todesnachrichten und unzähligen Nachrufen im In- und Ausland wurde die Zeithistorikerin für ihr bedeutungsvolles Werk und ihr gesellschaftspolitisches Wirken umfassend gewürdigt - in unterschiedlichen Gewichtigungen.

In den folgenden Gedanken soll eine punktuelle Erinnerungsspur durch mehr als vier Jahrzehnte gezogen werden, in denen sich meine (berufs- und gesellschaftspolitischen) Wege mit jenen von Erika Weinzierl kreuzten. Oder ich formuliere es bescheidener: es geht um Begegnungen mit Erika Weinzierl, die für mein berufliches und gesellschaftspolitisches Engagement bestimmend waren - und auch Einfluss auf die Lebensverhältnisse österreichischer Roma hatten und haben.

Als Geschichte-Studentin in Salzburg wurde ich 1975 Schülerin von Erika Weinzierl. Hier waren es zum einen die Themen, die mich in ihre Seminare und Vorlesungen führten. Vor allem war es aber die niederschwellige, angenehme Atmosphäre, die in der Kast-Villa und am Edmundsberg (frühere Institutsräumlichkeiten) vorherrschten. Die Ordinaria und ihr Mitarbeiter-Team vermittelten den Studierenden den Eindruck, Teil von Denk-, Forschungs- und Diskussionsprozessen zu sein, Hierarchien schienen kaum vorhanden, statt dessen gegenseitige Wertschätzung. Erika Weinzierl, seit 1969 ordentliche Professorin für österreichische Zeitgeschichte an der Universität Salzburg - sowie Vorstand des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum Salzburg – wurde als engagierte Wissenschaftlerin und Frau wahrgenommen, der Standesdünkel und distinguiertes Professorengehabe fernlagen.

Dass sie, die geborene Wienerin, den Ruf ans dortige Zeitgeschichte-Institut im Sommersemester 1979 annahm und damit Nachfolgerin des Gründers des ersten österreichischen Zeitgeschichte-Instituts, Ludwig Jedlicka, wurde, ist nachvollziehbar. Die Abschlüsse ihrer Salzburger Studierenden waren ihr weiterhin ein Anliegen; so gelang es auch mir noch im Februar 1979 eine Salzburger Dissertation bei Erika Weinzierl anzumelden. Das vorgeschlagene Thema „Die NS-Verfolgung der österreichischen Zigeuner“ wurde von Weinzierl gerne akzeptiert und auch unterstützt, zum einen bei der Aktenbeschaffung und – nach Fertigstellung der Dissertation – durch die Veröffentlichung in ihrer Zeitgeschichte-Reihe.

Zu diesem Zeitpunkt – 1983 – erfolgte die Gründung der „Gesellschaft für politische Aufklärung“(GfpA) durch Erika Weinzierl, Anton Pelinka, Herbert Steiner und Hermann Langbein. Hermann Langbein, einer der Aktivsten unter den Mitgliedern, wurde von Erika Weinzierl auf die Publikation aufmerksam gemacht. Mir öffnete die Roma-Forschung die Türe zur GfpA. So wurden die „Gesellschaft“ und einige Mitglieder zu wichtigen Multiplikatoren gegen die Tabuisierung dieses Holocaust. Viele Aktivitäten zur Opferanerkennung – Eingaben an Politiker und gesellschaftliche Machtinstanzen, verfasst im Namen der GfpA - tragen ganz zentral auch die Unterschrift von Erika Weinzierl (neben Hermann Langbein und Anton Pelinka)

Über mehr als ein Jahrzehnt stellte Erika Weinzierl ihr Institutsbüro in der Rotenhausgasse für die im Zwei-Monats-Rhythmus stattfindenden Sitzungen der „Gesellschaft“ zur Verfügung. Trotz einer sehr straffen Tagesordnung blieb am Rande der Besprechungen - oder eingebunden in aktuelle Diskussionen – Zeit, um auch persönliche Betroffenheiten auszutauschen. Erika Weinzierl wurde in diesen Jahren nicht nur einmal von ihrer Partei, der ÖVP, schwer enttäuscht. Schon rund um die Waldheim-Kandidatur, und später – als schwarz-blaue Koalitionen oder Allianzen als Möglichkeit näher rückten – erwog Weinzierl ihren, dann 1995 vollzogenen Partei-Austritt. Es war ihr ein Anliegen, sich darüber mit für sie wichtigen Menschen auszutauschen – mit Hermann Langbein, Anton Pelinka, Angelica Bäumer, Charlotte Teuber, aber auch anderen, deren Ratschläge oder politikwissenschaftliche Analysen sie schätzte. Die Gespräche stärkten ihr den Rücken für ihre öffentlichen Auftritte, in denen sie sich auch immer wieder Anfeindungen und Beleidigungen aussetzte.

Die Sitzungen waren unterschiedlich stark besucht, manchmal drängten sich bis zu 20 Personen im Weinzierl-Büro zusammen. Damit war eine Obergrenze erreicht, aber auch dann wurden Kaffee und Würstl angeboten – und Erika Weinzierl trat als aktive Gastgeberin auf, unterstützte Sekretärinnen und anderes Bedienungspersonal. Diese freund(schaft)liche und wertschätzende Haltung gegenüber Untergebenen konnte über die Jahre hinweg immer wieder beobachtet werden. So war es auch bei Institutsfesten üblich, dass nicht nur eine Vielzahl von extern Lehrenden und mit dem Institut vernetzte Personen eingeladen wurden, sondern auch die (türkische) Aufräumefrau selbstverständlich an der Festtafel Platz nahm.

Diese Facette Erika Weinzierls Persönlichkeit wurde in anderen Nachrufen kaum thematisiert, sie verdeutlicht aber, dass Weinzierl in ihrem Umfeld tatsächlich Demokratie gelebt hat, dass ihr Anschreiben und Reden gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in ihrem Alltag Entsprechungen fand.

Erika Weinzierl hat den offenen Diskurs gesucht, hat sich auch nicht gescheut in Landgasthäusern Stammtischmeinungen entgegen zu treten, hat Zweiflern und Wahrheitsverweigerern ihre faktenfundierte Argumente angeboten. Natürlich ließen sich nicht alle überzeugen, waren gegen Antisemitismus oder Xenophobie nicht zu immunisieren. Dennoch haben politische GegnerInnen der engagierten Frau auch Respekt gezollt. Unvergessen sind Erika Weinzierls öffentlichen Auftritte anlässlich von Mahnwachen (1986) und beim Lichtermeer am Heldenplatz (1993).

Die Mitbegründerin der Gesellschaft für politische Aufklärung, Erika Weinzierl, hinterlässt eine große Lücke in der österreichischen Gesellschaft, denn Menschen, die die Ausgrenzung und Abwertung anderer nicht zulassen, die Klassen-, Rassen- und jede Form ethnisch-sozialer Trennlinien nicht akzeptieren - und auch danach handeln - repräsentieren noch immer eine Minderheitenposition.